

GLH positioniert sich klar gegen eine Umgehungsstraße und für den Autobahnanschluss Weinheim-Süd

Im Gemeinderat wurde am 3. März ein neuer Anlauf für eine Umgehungsstraße beantragt. Diese sollte von der Gemeinde selbst finanziert werden (mit Fördermitteln des Landes). Fraktion und Vorstand der Grünen Liste Hirschberg lehnen dieses Vorhaben ab, denn die – angenommenen – Verbesserungen in der Ortsmitte wären in jeder Hinsicht teuer bezahlt.

Zum einen würde eine solche Ortsrandstraße die Lärmbelastung nur verschieben: Zwar würden die Anwohner der Bergstraße (B3) entlastet, jedoch würde sich die Lärmbelastung der Menschen im Sterzwinkel und Lörscher Weg sowie - durch die (topografisch bedingt) notwendige erhöhte Trassenführung - der Wohngebiete in Hanglage dadurch stark erhöhen. Zum anderen bringt eine weitere Straße den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher und naturnaher Flächen mit sich und trennt den Ort von Naherholungsräumen wie der Villa Rustica und den Aussiedlerhöfen mit ihren Cafés.

Auch finanziell wäre eine solche Umgehungsstraße höchst problematisch: Eine seriöse Kostenschätzung für dieses Großprojekt liegt nicht vor. Sicher ist jedoch, dass die Kosten, die vor etwa 20 Jahren prognostiziert wurden, heute bei weitem übertroffen würden, da die Preise für die aufzukaufenden landwirtschaftlichen Flächen stark gestiegen sind, die Preisentwicklung im Bausektor auch vor dem Straßenbau nicht Halt gemacht hat, und heutige Standards, etwa zum Gewässerschutz, die Kosten weiter in die Höhe treiben würden.

Der im Gemeinderat vorgelegte Antrag enthält den Hinweis auf mögliche Fördergelder des Landes. Allerdings ist die Förderpolitik im grün-schwarz geführten Baden-Württemberg derzeit nicht darauf ausgelegt, Umgehungsstraßen zu fördern, die Landschafts- und Klimaschutz entgegenstehen. Es ist also fraglich, ob sich das Land an der Finanzierung dieses Projekts beteiligen würde.

Damit würde sich Hirschberg ein weiteres teures Bauprojekt leisten – daneben wäre eine dritte Sporthalle schon fast ein Schnäppchen. Die Millionen, die für Planung und Bau, aber auch auf Dauer für Unterhalt und Sanierung der Umgehungsstraße aufgewendet werden müssten, würden den Haushalt der Gemeinde über Jahrzehnte belasten. Andere wichtige Investitionen der Gemeinde, etwa die energetische Gebäudesanierung, die Sanierung der Sporthallen, aber auch viele sogenannte „freiwillige“ Leistungen wie ein Ausbau der Kinderbetreuung und die Vereinsförderung, fielen damit einer Umgehungsstraße zum Opfer.

Nach einer viele Jahre dauernden Planungs- und Bauzeit der Umgehungs-Trasse wäre nicht einmal gesichert, dass eine solche Straße die gewünschte Wirkung hätte, dass also der Verkehr in Großachsen tatsächlich stark verringert würde. Dies kann durchaus bezweifelt werden, da eine Umgehungsstraße nur den Nord-Süd-Verkehr beträfe, nicht aber die Verkehrsströme aus dem Odenwald. Die Verkehrssituation in der Breitgasse würde durch die Umgehungsstraße nicht verbessert. Zudem ist zu befürchten, dass eine Umgehungsstraße noch mehr Ausweichverkehr von der A5 anzieht, insbesondere bei hoher Auslastung der Autobahn.

Es drängt sich also die Frage auf, wer von einer solchen Umgehungsstraße profitieren könnte: Die Situation für die Bewohner des Ortskerns dürfte sich – wenn überhaupt – nur geringfügig verbessern, dagegen wären bezüglich der finanziellen Handlungsfähigkeit der Gemeinde, der Naherholungsmöglichkeiten und der Lärmbelastung im Westen des Ortes deutliche Nachteile zu befürchten. Einzig für die Autofahrerinnen und Autofahrer (aus den umliegenden Gemeinden)

könnte es zu Verbesserungen kommen, da sich die Fahrzeit an Großsachsen vorbei reduzieren dürfte, vor allem in den Abendstunden. Die hohen Kosten für diese „freie Fahrt“ allerdings müssten die Hirschberger Bürgerinnen und Bürger tragen.

Insbesondere für die Anwohner würde nur ein zusätzlicher Autobahnanschluss Weinheim-Süd mittelfristig eine verkehrlich wirksame und zudem flächenschonendere Lösung herbeiführen können. Wie für die GLH war dies übrigens über viele Jahre auch für die Hirschberger CDU der beste Lösungsansatz.

Wichtig ist uns, dass nicht viel Geld in teure Verkehrsprojekte ausschließlich für den PKW-Verkehr gesteckt wird, deren Nutzen für die Anwohner*innen umstritten ist. Vielmehr muss die Verkehrspolitik auf ganzheitlichen Mobilitätskonzepten beruhen, um so eine echte Verbesserung für die Ortsmitten zu bringen. Wir wiederholen daher unseren Vorschlag einer kommunalen Verkehrskommission, in der Vertreterinnen und Vertreter aller betroffenen Gruppen in Hirschberg gemeinsam Lösungsansätze für die Verkehrsprobleme in Hirschberg erarbeiten könnten.